

Presseerklärung der Paderborner Natur- und Umweltschutzverbände vom 1.3.2018 zum „Diesel“ – Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Die Verbände sehen sich durch dieses Urteil des BVG im Kern bestätigt.

„Endlich ist der Weg frei, um die Gesundheit der Menschen wirksam zu schützen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zeigt den Weg auf, die Stadt Paderborn kann und muss nun das Recht ihrer Bürger auf saubere Luft durchsetzen“ so die Stellungnahme der Paderborner Umwelt- und Naturschutzverbände Pro Grün, Greenpeace, BUND und NABU.

Das Urteil berücksichtige, dass der größte Teil der innerstädtischen Belastung mit Stickoxiden aus Diesel-PKW stammt. Insofern müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität auch auf den verursachenden PKW-Verkehr fokussiert werden. Geregelt Ausnahmen für den Lieferverkehr oder Handwerker-Fahrzeuge müssen genauso getroffen werden wie für den ÖPNV. Übergangszeiten und Ausnahmeregelungen sind vorzusehen, im Ergebnis sollten "schmutzige" Kraftfahrzeuge nicht mehr in die Stadt Paderborn einfahren dürfen.

Hans Heinrich Wanko von Pro Grün und Mark Lindert von Greenpeace sind sich sicher: "Die Umsetzung des Urteils wird bald zeigen, dass nur eine bundeseinheitliche Regelung mit einer blauen Plakette einen Flickenteppich unterschiedlicher Regeln verhindern kann. Die Bundesregierung muss mit einer solchen Plakette verhindern, dass bald niemand mehr weiß, welcher Diesel noch in welche Stadt fahren kann“. Der Stadt Paderborn käme die Aufgabe zu, eine Umweltzone einzurichten, wie dies in anderen betroffenen Städten seit Jahren Praxis ist. „Daneben müssten der ÖPNV und der Radverkehr von der Stadt massiv ausgebaut werden“ so Markus Müller vom BUND.

Wiederum an die Bundesregierung richtet sich die gesetzliche Forderung der Verbände, endlich dafür zu sorgen, dass die Autohersteller betroffene Fahrzeuge mit einer kostenlosen Hardware- Nachrüstung bestücken. Es sei den Menschen einfach nicht zu vermitteln, dass sie für die betrügerischen Software- Manipulationen der Autohersteller den Kopf hinhalten und zahlen müssten. Das verstoße doch gegen jedes normale Rechtsempfinden.

„Noch weniger Verständnis haben wir als Verbände dafür, dass trotz eindeutiger EU-Vorschriften die Politik diese jahrelang ignorierte, dabei den vorzeitigen Tod tausender Menschen in Kauf nahm und erst durch die Gerichtsentscheidungen zum Handeln gezwungen werden muss. Hier liegt ein totales Staatsversagen vor.“ So die einhellige Meinung der Paderborner Verbände.